

DISKUSSIONSPROTOKOLL, Mittwoch, den 9.11., 10h

Aussperren des politischen Films aus dem Fernsehen, Filmgespräch

Diskussionsleitung: Dietrich Leder

Vor dem Filmgespräch erläuterte Klaus Strobal kurz, weshalb im Anschluß quasi als "Sonderveranstaltung" DER WÜRGENDE TOD - BAYER FORSCHT FÜR DEN UMWELTSCHUTZ von Peter Kleinert gezeigt wird. Er habe Peter Kleinert zwar die Zusage gemacht, finde jetzt aber seine Entscheidung nicht mehr so gut. Für die angekündigte Sonderveranstaltung von Reiner Komers und Wilfried Viebahn bringe er aber kein Verständnis auf. Denn durch die Vorführung der Filme DER WEG DER NAZIS AN DIE MACHT (Viebahn) und WER BEZAHLTE FÜR HITLER? - WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN NÜLLHEIM AN DER RUHR 1933-45 (Komers) würden Filme der Duisburger Filmwoche vom Publikum "ausgesperrt".

Zu dieser Kritik bemerkte Wilfried Viebahn, daß die Ablehnung der Filme durch die Programmkommission nur dann Gegenstand der Abschlußdiskussion sein könne, wenn die Filme zu sehen waren. Schließlich würden sie sich nicht als "Weltmeister" betrachten. Der Kritik an der Parallelität der Vorführungen begegnete Viebahn mit dem Hinweis auf die Fernsehausstrahlung des Filmes DIE BUCHMASCHINE von Heinrich Breloer und der nicht vollständigen Deckung der Vorführzeiten.

Den Vorwurf, daß hier ganz bestimmte politische Inhalte durch die Ablehnung der Filme ausgegrenzt werden, wies Dietrich Leder zurück. Im Programm gibt es Filme zum Faschismus. Eben deshalb, so Viebahn, werden die abgelehnten Filme am Wochenende gezeigt, weil dann die Filme der Duisburger Filmwoche zu diesem Thema bereits gezeigt worden wären.

Dem Filmgespräch AUSSPERREN DES POLITISCHEN FILMS AUS DEM FERNSEHEN stellte Dietrich Leder drei Thesen voran.

Das, was gemeinhin als "Zensur" benannt wird, sei Resultat einer Verflechtung verschiedenster struktureller Gegebenheiten der Fernsehanstalten und nicht jeweils eindeutige politische Maßnahmen.

Es werden weniger Themen unterdrückt, wie die breite Aufmachung des Themas Frieden in der Aktionswoche vom 15.10. - 22.10. 1983 zeige. In der ARD waren gleich drei Beiträge eines BR-Mitarbeiters unter dem Pseudonym Hauptner zur Ausstrahlung gelangt. Auch wird in Talkshows von Offiziellen und Angestellten der Anstalten manches angesprochen, aber durch keinen Dokumentarfilm, der in Form und Inhalt widerspenstiger ist. Es wird keine Anschauung von Tönen und Bildern gegeben.

Und drittens müsse die Handlungsweise des Fernsehens in bezug auf die (zukünftige) Konkurrenz kommerzieller Programme betrachtet werden.

Welche Resultate die strukturellen Bedingungen zeigen, beschrieb Franz van der Neulen aus eigener Erfahrung. Sowohl für die Sendereihe "Ortserkundungen" als auch für "Anruf erwünscht", beides Sendeplätze für längere Dokumentarfilme, habe er jeweils den zweitletzten Beitrag erstellt. Die Auflösung dieser Sendereihe, sind direkte Folge der Regionalisierung des WDR. Insgesamt, so wurde die Kritik an der Regionalisierung fortgesetzt, komme es zu einem Bürgermeister-Fernsehen, weil nun die Realisatoren und Redakteure der politischen Kontrolle der Stadtoberhäupter vor Ort unterworfen sind. Dieser behauptete gradlinige Weg in die Rathäuser wurde dann aber mit der Vergangenheit abgebrochen. Auch früher war der WDR ja kein Hort des politischen Films. Und nicht nur im WDR mangle es an aggressiven Dokumentationen und investigierenden Interviews. Dieser Einwurf führte dazu, daß versucht wurde zu klären, was unter "politischem Film" zu verstehen sei.

David Wittenberg grenzte in der Beantwortung dieser Frage den politischen Film von den Magazinsendungen ab. Weitergehend als ein Großteil der Teilnehmer will er den politischen Film weniger im Fernsehen ansiedeln, als vielmehr bei den Videogruppen, die ein anderes Politikverständnis und eine andere Ästhetik haben als die (üblen) Fernsehmacher. Der Dokumentarfilm, von dem der Journalismus manche Anregung erhalten könne, sollte gleichfalls außerhalb des Fernsehens produziert werden und dieses provozieren.

Ganz anders Peter Kleinert, der sich nicht als Dokumentarfilmer begreift. Auch wenn er, wie die Freiburger Medienwerkstatt, einige seiner Arbeiten am Fernsehen vorbei in die Öffentlichkeit bringe, will er doch die Auseinandersetzung im Sender nicht aufgeben. Er betonte, wie jeder Redner vor ihm, daß das "Zensurgeweine" nichts bringt. Man müsse versuchen, in den aktuellen Redaktionen Themen und Probleme, wenn auch in kürzerer Form, zu realisieren. Der Dokumentarfilm ist schließlich nicht über die Länge ausgewiesen.

Diese Sichtweise löste Widerspruch aus. Denn, so Dietrich Leder, die Wirklichkeit ließe sich nicht in immer kleinere Partikel für Minutenbeiträge aufteilen. Und, so Didi von der Freiburger Medienwerkstatt, der Hinweis auf die Realisierbarkeit kleinerer Beiträge sei bereits "die Schere im Kopf"; es galte Sendeplätze für längere Filme zu erstreiten.

Beides, Sendeplätze zu erhalten oder zu erobern und alternative Verteilweisen, wie Unidoc, hätte er gemeint, protestierte Peter Kleinert. Aber ihm gehe es weniger darum, eine bestimmte Form zu favorisieren, sondern vielmehr darum, Themen, auch in 7-Minutenbeiträgen, an die Öffentlichkeit zu bringen.

Für eine Arbeit innerhalb der Anstalten lenkte Wolfsgang Landgräber von dieser Opposition von Längenvorgabe oder Thema versus politischem Film ab. Denn die Sendezeiten für die Talkshows sind ja nicht kürzer als die der alten Dokumentarfilm-Sendeplätze. Sein Hinweis auf die Gesprächsbereitschaft von Redakteuren und deren Möglichkeiten, "opulente Filme", die Lust zum Zuschauen machen, ins Programm zu nehmen, wurde als Illusion zur Seite geschoben. Auch wenn neue Sendeplätze für Dokumentarfilme entstehen, wie "Deutschlandbilder", so befriedigen diese doch nur interne Bedürfnisse, wurde eingewandt.

Tiefer greifender war der Einwurf von Didi, daß sich die Diskussion um die Sendezeit spätestens dann, wenn man die Kurzformen von Alvarez denkt, als unrichtig erweist.

Für kurze Wortbeiträge verließ der Diskussionsverlauf seinen Weg. Verschiedenste Vorschläge wurden eingebracht, wo das Fernsehen den Dokumentarfilm einbauen soll, ob als "Hexenküche" des dritten Programms oder sonst wie. Der Einwurf, daß die öffentlich rechtlichen Fernsehanstalten ihr Programm jetzt schon auf die kommerzielle Konkurrenz ausrichten, war der letzte Beitrag zum Programmschere.

Mit dem Kalenderspruch man muß dort kämpfen, wo die Leute hinfallen, nicht dort, wo man steht, lenkte David Wittenberg die Diskussion wieder zurück zu Fragen der Form. Man könne nicht nur beklagen, daß bestimmte Themen nicht behandelt werden, dabei aber die Form außer Acht lassen. Entscheidend sei das gesamte kulturelle Umfeld. Es gelte Formen zu finden, die auch beim Publikum Anklang finden; eine eigenständige Filmarbeit müsse neben der fernsehorientierten vorangetrieben werden. Und neben der Öffentlichkeit der Fernsehangehörigen und Gremien müsse eine andere geschaffen werden. Erweitert wurde die Debatte zum kulturellen Umfeld mit der Diagnose, daß viele Filmemacher vereinzelt arbeiten. Gefordert wurde mehr Solidarität.

Daß Solidarität, jedenfalls im Zensurfall, profitabel werden kann, war beschämtes Eingeständnis. Einzig Wolfgang Landgräber zeigte sich darüber verärgert. Denn meist wird diese "Zensur" dem Fernsehen angelastet, das vorab als Kooperationspartner gesucht wurde wegen der "bequemen" Finanzierung. Der pragmatische Haltung, einen 70-Minuten-Film durch einen kürzeren Fernsehbeitrag zu finanzieren, wurde entgegnet, daß man dennoch seinen politischen Anspruch an den ökonomischen Anforderungen abzuarbeiten habe. Die Einschätzung, daß das Fernsehen nur wegen seiner ökonomischen Stellung beliefert werde, seine Rolle als politisches Forum aber sekundär sei, führte zur Charakterisierung des Fernsehens als politisches Medium aufgrund seiner Zuschauerzahlen. Mit dem Hinweis des Diskussionsleiters auf die veränderte Rezeption, nebenbei hören, nebenbei sehen, und der Notwendigkeit auch hierfür Formen zu finden, war die allgemeine Diskussion beendet.

Die Ambivalenz von Eingriffen bzw. Nichtausstrahlung, die bislang sorgsam ausgegrenzt worden war, wurde zum Inhalt der anschließenden Darstellung der Zurückweisung eines Beitrags von Peter Kleinert durch die Monitor-Redaktion.

Um keine rechtlichen oder publizistischen Fakten zu schaffen, begrenzt sich der Protokollant auf die Wiedergabe der zentralen Punkte der Auseinandersetzung zwischen Peter Kleinert und Wolfgang Landgräber.

Reduzieren läßt sich der Konflikt auf ein unglückliches - anstalts-typisches? - Procedere und einer widersprüchlichen Abmachung. Landgräber, Redakteur der Monitor-Redaktion, behauptet, daß der Beitrag nicht ausgestrahlt worden sei, weil der grundlegende Beweis, daß das Pentagon Patentrechte von Bayer aufgekauft habe, nicht erbracht wurde. Diesen Beweis zu erbringen, so Peter Kleinert, wäre nie Gegenstand der Vereinbarungen gewesen. In dem strittigen Beitrag wird aufgezeigt, daß Bayer chemische Stoffe entwickelt hat, die als Nervengas Verwendung finden, und von Bayer als Insektizide bezeichnet werden.

Die Zusage, den Beitrag nach einer detaillierten Recherche zum Ankauf der Patente durch das Pentagon, zu einem späteren Zeitpunkt auszustrahlen, vorausgesetzt es findet zu diesem Thema vorab keine Pressekonferenz statt, war der zweite Streitpunkt. Peter Kleinert negierte, je von diesem Angebot gehört zu haben. Wolfgang Landgräber erneuerte das Angebot coram publicum.

Doch ein ganz anderes Problem, so Peter Kleinert, sei das entscheidende. Er habe gehört, daß Pressionen von Bayer die Ausstrahlung verhindert habe.

Doch nach Vorführung des Magazinbeitrags ergab sich eine andere Wertung des Vorfalls. Michaela Belzer fragte Peter Kleinert, ob die vorgeführte Fassung mit dem inkriminierten Beitrag identisch sei. Dies bejahte Peter Kleinert. Daraufhin meinte sie, die wohl kaum dem Verdacht ausgesetzt sein dürfte, politischen Pressionen zu unterliegen, daß sie den Beitrag aufgrund seiner Gestaltung auch nicht ausstrahlen würde.